



Antrag: Der 7. Landesparteitag der AfD Baden-Württemberg möge beschließen:

Die Alternative für Deutschland fordert in Bezug auf

Gender Mainstreaming / Gender Diversity (Gender-Ideologie)

für Deutschland was folgt.

1. Gender Mainstreaming als durchgängiges politisches Leitprinzip in Form einer Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns ist auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden, wobei sich diese politische Gesamtforderung im Einzelnen wie folgt begründet:

1. Die **Alternative für Deutschland** hält die politisch-bürokratisch verordnete Nivellierung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen für einen unzulässigen Eingriff des Staates in das private und gesellschaftliche Leben der Menschen, der überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt ist und eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt.
2. Die **Alternative für Deutschland** hält es für untragbar, dass Mütter, die sich ihren Kindern in Vollzeit widmen wollen, einem politischen und ökonomischen Druck ausgesetzt werden, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Die AfD fordert deshalb die Beendigung aller Versuche, Frauen und Ehepaare in dieser Frage zu bevormunden.
3. Die **Alternative für Deutschland** hält einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der „zu sexuellem Experimentieren ermutigen soll“, für einen sittenwidrigen Eingriff in die Kinderseelen und für eine schwerwiegende Beeinträchtigung der psychischen und physischen Entwicklung junger Menschen.
4. Die **Alternative für Deutschland** lehnt die fortschreitende Aushöhlung des Erziehungsrechts von Eltern und dessen Übertragung auf den Staat als unvereinbar mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie mit dem Subsidiaritätsprinzip ab.
5. Die **Alternative für Deutschland** lehnt geschlechtsbezogene Quotenregelungen für alle Arbeits- und Lebensbereiche, aber auch jede Form der Quotierung nach anderen soziodemographischen Merkmalen ab, da sie den Prinzipien der Chancengleichheit und des freien Wettbewerbs widersprechen.
6. Die **Alternative für Deutschland** lehnt jegliche staatliche Propaganda – in Schulen, den Massenmedien oder im öffentlichen Raum – für bestimmte sexuelle Orientierungen oder Verhaltensweisen strikt ab. Die Förderung der klassischen Familie ist davon ausgenommen.
7. Die **Alternative für Deutschland** setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neugeborene ein und wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem „Menschenrecht“ zu erklären.
8. Die **Alternative für Deutschland** weiß sich in diesen Forderungen mit den ethischen Grundsätzen der großen Weltreligionen einig und lehnt es ab, diese auf dem Altar der pseudo-wissenschaftlichen Gender-Ideologie zu opfern.

2. Die **Alternative für Deutschland** fordert die ersatzlose Rücknahme aller Gesetze und Vorschriften im Sinne der Gender-Ideologie, wie – mindestens – der folgenden:

- Bundesgleichstellungsgesetz (BGleG)
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- §4 Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg u.v.m.

sowie die unverzügliche Einstellung sämtlicher einschlägiger Gesetzgebungsvorhaben.

3. Die Alternative für Deutschland fordert den Entzug sämtlicher Steuer- und Fördermittel für gender-ideologische Maßnahmen, wie beispielsweise:

- die Streichung aller Stellen für sog. „Gleichstellungsbeauftragte“ (früher: „Frauenbeauftragte“)
- die Schließung aller sog. „Diversity Offices“

in allen öffentlich- und privat-rechtlichen Institutionen, sowie:

einen sofortigen Förderstopp für die sogenannten „Gender Studies“ an Hochschulen und Universitäten. Bestehende „Gender“-Lehrstühle sollen traditionellen Studiengängen zugeordnet und bei Ausscheiden der Stelleninhaber nicht wieder nachbesetzt werden.

Begründung:

- 1. Gender-Mainstreaming zielt auf einen permanenten „Kampf der Geschlechter“ ab und führt damit zu einer schleichenden Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas.**
- 2. Gender-Mainstreaming führt in seiner Anwendung regelmäßig zur Verletzung von Artikel 1-6 Grundgesetz, insbesondere von Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz, da es mit der Diskriminierung konkreter Personen – in der Regel von Männern – aus geschlechtsspezifischen Gründen einhergeht.**
- 3. Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender-Ideologie ist der wichtigsten bevölkerungspolitischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich.**

Dieser Antrag wurde vom 7. Landesparteitag der AfD-Baden-Württemberg

am 26.07.2015

in

P f o r z h e i m

e i n s t i m m i g

beschlossen.

Autoren:

Rainer R ö s l

Dr. Marc J o n g e n

AfD Ulm/Alb-Donau

AfD Karlsruhe
